

Heiner Geißler

Bewährte Kampfgemeinschaft in Zukunft fortsetzen

CDU und CSU wollen künftig Meinungsverschiedenheiten nicht mehr in öffentlichem Streit austragen. Darauf einigten sich Spitzenpolitiker der beiden Parteien unter Leitung von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß in der zweiten Runde des Unionsgipfels am vergangenen Wochenende in Bonn. Außerdem wurde beschlossen, in einem Koalitionspapier gemeinsame Grundsätze und Antworten auf einzelne Sachfragen festzulegen.

Generalsekretär Heiner Geißler erklärte nach dem vierstündigen Treffen: „Ich kann für die CDU sagen, daß wir in der Öffentlichkeit auf Äußerungen innerhalb der Schwesterparteien nicht mehr reagieren werden.“ Für die CSU betonte Generalsekretär Georg Tandler, man wolle sich ebenso verhalten. Geißler sprach von dem „klaren und eindeutigen Bemühen, die bewährte Kampfgemeinschaft von CDU und CSU auch in den kommenden Jahren fortzusetzen“. Er versicherte, beide Seiten seien sich darüber einig gewesen, „daß es nicht darum gehen kann, irgendeine Richtungsänderung vorzunehmen“. Für die Ausarbeitung des Positionspapiers wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, der für die CDU Heiner Geißler und Kanzleramtsminister Schäuble, für die CSU Georg Tandler, Staatsminister Stoiber und Landesgruppenchef Waigel angehören. Aufgabe dieses Gremiums soll es sein, die gemeinsame Linie der Union in entscheidenden Sachfragen — von der Finanzierung der Steuerreform bis zur Reform der Renten — festzuklopfen.

HEUTE AKTUELL

● BILANZ

Fünf Jahre erfolgreiche Regierungspolitik unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Seite 3

● INNENPOLITIK

Koalition über Gesetze zur Sicherheit einig. Seite 8

● OPPOSITION

Die SPD hat dem Bergbau einen Bärenienst erwiesen. Seite 9

● GEMEINDEN

Der Kanzler hält sein Wort: Der Bund hilft den Kommunen. Seite 13

● BESCHÄFTIGUNG

Der Arbeitsmarkt bleibt weiter Thema Nummer 1. Seite 15

● CDA-ANALYSE

Betriebsratswahlen 1987: Stand von 1984 gehalten. Seite 19

● DOKUMENTATION

Umweltpolitische Schwerpunkte der Bundesregierung. Grüner Teil

35. Bundesparteitag am 9. November in Bonn

Die CDU führt am 9. November 1987 in Bonn ihren 35. Bundesparteitag durch. Veranstaltungsort ist die Bonner Beethovenhalle.

Auf der Tagesordnung stehen u.a.: Berichte des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, des Generalsekretärs, Heiner Geißler, des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger, des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Rudolf Luster und der Bericht des Bundesschatzmeister, Walther Leisler Kiep. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Wahl des Bundesvorstands, mit der Wahl des Bundesvorsitzenden, des Bundesschatzmeisters, der sieben stellvertretenden Bundesvorsitzenden sowie der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. Ferner soll eine Änderung des Status der CDU beschlossen werden, um die Gründung der Senioren-Union zu ermöglichen.

Der Bundesparteitag, der eintägig durchgeführt wird, beginnt am Montag, den 9. November 1987, um 9.00 Uhr mit einem ökumenischen Gebet und endet gegen 18.30 Uhr mit dem Schlußwort des gewählten Bundesvorsitzenden der CDU.

Kampagne für die Politik der CDU

Auch der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht und der Landesvorsitzende, Innenminister Wilfried Hasselmann, sprachen sich auf dem Landesparteitag der Niedersachsen-CDU in Fallingb. für eine Beendigung der Querelen zwischen CDU und CSU aus. Der Regierungschef kündigte vor den 685 Delegierten am Wochenende für das Frühjahr eine „Kampagne für die Politik der CDU“ an. Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann sprach von einem „Zwischenspur“, durch den die Partei landes- und bundesweit verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen soll.

Der Ministerpräsident verteidigte auf diesem Diskussionsparteitag die Pläne zur Steuerreform. Sie nütze vor allem den kleineren Einkommensempfängern, sagte er. Das Problem des Länderfinanzausgleichs werde in nächster Zeit entschärft werden können. „Die Last muß ohne Gruppenegoismus gerecht verteilt werden“, meinte er und wies darauf hin, daß die Sparbeschlüsse für Niedersachsens Landeshaushalt beibehalten werden.

In dem Zusammenhang wies Albrecht aber darauf hin, daß die Union langsam von den Finanzfragen wegkommen müsse, um wieder in anderen wichtigen Politikbereichen in die Offensive zu kommen. Als Beispiele nannte er die Struktur-, Landwirtschafts-, Umweltschutz-, Sozial- und Kulturpolitik.

Der Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann stellte klar, daß manche Äußerungen der CSU in letzter Zeit „wenig hilfreich“ gewesen seien. Jetzt müsse nach den Querelen der Vergangenheit der Blick nach vorne gerichtet werden. Hasselmann: „Es muß eine solide Basis für einen Sieg bei der Landtagswahl 1990 geschaffen werden.“

Heftige Diskussionen gab es auf dem Parteitag um die Orientierungsstufe. Nach einer zum Teil hart geführten Debatte einigten sich Parteiführung und Delegierte auf einen Sonderparteitag 1988, der allein das Thema der Orientierungsstufe zum Inhalt hat.

Fünf Jahre erfolgreiche Regierungs- politik unter Helmut Kohl

Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl vom Deutschen Bundestag zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die Regierung Helmut Kohl trat ein schweres Erbe an. Die SPD hatte Deutschland heruntergewirtschaftet. Mit der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler endete am 1. Oktober 1982 diese Ära. Heute ist der politische Schutt, den die Sozialdemokraten hinterlassen haben, weggeräumt. Die Krise ist überwunden, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland haben ein solides Fundament, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Wir haben allen Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im sechsten Jahr eines stabilen Aufschwungs. Die Regierung Helmut Kohls hat den Zuwachs an Arbeitslosigkeit gestoppt. In den vergangenen Jahren sind 600 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt ein vorrangiges Ziel dieser Regierung. Im Rahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik gibt es in diesem Jahr 600 000 öffentliche geförderte Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und 110 000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Unter dieser Regierung sind die Weichen für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft gestellt worden. In der Politik für Frauen hat diese Regierung ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die CDU hat sich das Ziel der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Lebensalltag gesetzt. Erziehungsgeld, Erziehungsur-

laub und Erziehungsjahr geben Frauen heute die Möglichkeit, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

Durch die Konsolidierung der Staatsfinanzen wurde Spielraum gewonnen für eine schöpferische Sozialpolitik. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wurde zweimal verlängert, das Wohngeld um eine Milliarde Mark angehoben, die Sozialhilfe mehrfach erhöht.

Im Bereich des Umweltschutzes hat die Regierung Helmut Kohls die Versäumnisse der sozialdemokratischen Regierung aufarbeiten müssen. Diese Regierung ist zum Motor des Umweltschutzes in Europa geworden.

Im Jahr 1982 standen die Rentenkassen fast vor der Zahlungsunfähigkeit. Heute sind die Renten wieder sicher.

Die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses durch die Regierung Helmut Kohls hat einen Durchbruch in der Abrüstungspolitik bewirkt. Nicht einseitige Abrüstung des Westens, wie es die Sozialdemokraten wollten, sondern eine ausgewogene beiderseitige Abrüstung, wie sie von dieser Regierung eingeleitet worden ist, sichert den Frieden.

Die Grundlage der Erfolge dieser Regierung sind die Leistungen aller Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Die Deutschen glauben wieder an ihre Leistungskraft und Tatkraft. Sie haben ihr Selbstvertrauen zurückgewonnen. Die Christlich Demokratische Union unter der Führung Helmut Kohls ist die politische Kraft, die die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland auch für die 90er Jahre sichern kann.

Helmut Kohl: Unser Kurs ist richtig

Bundeskanzler Helmut Kohl gab dem „Bonner General-Anzeiger“ aus Anlaß der fünfjährigen Regierungszeit folgendes Interview:

Frage: Fünf Jahre Regierungspolitik unter Ihrer Verantwortung. Werden nicht viele Ihrer Erfolge zerredet?

Antwort: Die Koalitionsparteien dürfen in der Tat von ihrer erfolgreichen Regierungsarbeit nicht selbst ablenken. So hat die von mir geführte Bundesregierung entscheidend dazu beigetragen, daß jetzt ein Vertrag über die weltweite Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen unmittelbar bevorsteht. Weitere Schritte müssen jetzt natürlich folgen, aber wir haben Grund zur Genugtuung, und wir sollten das auch sagen.

Frage: Hat der Koalitionsvertrag Aussicht, ohne Abstriche realisiert zu werden?

Antwort: Das war in der vergangenen Legislaturperiode so, und ich erwarte, daß das diesmal nicht anders sein wird. Nur: Niemand kann ernsthaft damit rechnen, daß alle Vereinbarungen bereits im ersten Jahr durchgeführt werden — wir haben ein Programm für vier Jahre.

Frage: Werden die geplanten Gesetzesvorhaben noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet oder — etwa Krankenversicherungs- und Rentenreform — deutlich vorangebracht werden können?

Antwort: Ich sagte eben: Wir machen wahr, was wir angekündigt haben.

Sie können sich darauf verlassen: Alle drei großen Reformvorhaben — Steuerreform, Rentenreform, Reform unseres Gesundheitswesens — werden wir in dieser Legislaturperiode verabschieden. Dafür haben wir auch einen konkreten Zeitplan, der einige zentrale Entscheidungen jetzt im Herbst vorsieht.

Frage: Haben Sie rückblickend jemals Zweifel am Erfolg Ihrer Politik gehabt?

Antwort: Ich habe nie bezweifelt, daß unser Kurs richtig war und ist — ein Kurs, mit dem wir jetzt im fünften Jahr einer ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung stehen. Manches war in diesen Jahren freilich schwieriger oder dauerte länger, als ich gedacht hatte.

Frage: Sind Sie nach wie vor von Partnerschaft beim Regieren überzeugt?

Antwort: Unter Partnerschaft verstehe ich in diesem Zusammenhang eine faire und kollegiale Zusammenarbeit, bei der niemand ausschließlich auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist — ohne Rücksicht auf den anderen und auf Kosten des Ganzen. Eine solche Partnerschaft ist für sich allein natürlich keine Erfolgsgarantie, aber ohne sie kann das Regierungsgeschäft, vor allem im Rahmen einer Koalition, auf die Dauer nicht gut gehen.

Frage: Macht Ihnen das Regieren uneingeschränkt Freude?

Antwort: Wo ist einem schon uneingeschränkte Freude gegönnt? Sie wis-

sen, wie viel Ärger es gerade in den letzten Wochen gegeben hat. Aber ich bin dankbar für die Chance, im Amt des Bundeskanzlers einiges bewegen und Zukunft gestalten zu können. In diesem Sinne empfinde ich — bei aller Last der Verantwortung — Freude bei meiner schwierigen Arbeit als Regierungschef.

Frage: Gibt es nach Ihrer Erfahrung mehr oder weniger schwierige Koalitionspartner?

Antwort: Das glaube ich nicht. Es gibt verständlicherweise unterschiedliche Interessen. Ich habe als CDU-Vorsitzender zur FDP ein anderes Verhältnis als zur CSU. Die CSU ist ein Teil der Union. Wir — CDU und CSU — sind Schwesterparteien und denselben Grundwerten und Überzeugungen verpflichtet. Die FDP ist unser Koalitionspartner, mit dem wir eine faire und gute Zusammenarbeit pflegen wollen.

Frage: Es gibt Kritik, daß die CDU kein klares Profil zeige, ja an Attraktivität verloren habe.

Antwort: Alle CDU-Präsidiumsmitglieder stimmen mit mir überein: Die CDU hat ein klares christlich-demokratisches Profil, und sie muß attraktiv sein für Menschen aus allen Schichten unseres Volkes — für Arbeitgeber ebenso wie für Arbeitnehmer, für Bauern und Mittelständler, für Jugendliche wie für Rentner, für Katholiken ebenso wie für Protestanten, für die Vertriebenen ebenso wie für andere Gruppen unseres Volkes. Christlich-soziales Engagement verbindet sich bei uns mit konservativem Gedankengut und liberaler

Gesinnung. Die CDU ist weder Rechts- noch Linkspartei, sondern eine Volkspartei: Sie verkörpert die politische Mitte unseres Volkes.

Frage: Wird die Regierungspolitik richtig und wirkungsvoll verkauft?

Antwort: Für guten „Verkauf“ braucht man zunächst einmal gute Ware — und die haben wir anzubieten. Aber Erfolg spricht leider oft nicht für sich selbst. Hinzukommen muß dreierlei: Erstens muß man darüber reden — Preisstabilität z. B. ist kein Staatsgeheimnis, ebensowenig wie der geringste Anstieg der Mieten seit Bestehen der Mietenstatistik. Zweitens müssen die getroffenen Maßnahmen und ihre Ergebnisse in einer für die Bürger verständlichen Sprache erläutert werden — das ist leider nicht immer gelungen. Und drittens — hier kann ich wiederholen, was ich eben schon sagte —: Wir dürfen von unserer erfolgreichen Regierungsarbeit nicht selbst ablenken. Wir brauchen vielmehr einen Gleichklang aller Koalitionspartner bei der öffentlichen Vermittlung unserer Politik.

Frage: Trotz vieler neugeschaffener Arbeitsplätze sind mehr als zwei Millionen Menschen in der Bundesrepublik ohne Arbeit. Ist dies ein Sockel, mit dem wir auf Dauer leben müssen?

Antwort: Mit Sicherheit nicht. Dies ersehen Sie schon daraus, daß die Beschäftigung seit 1983 kontinuierlich zunimmt — mit dem Ergebnis, daß immerhin mehr als 650 000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Welche Leistung dies bedeutet, zeigt sich nicht zuletzt

daran, daß unter der früheren Bundesregierung zuletzt 800 000 Arbeitsplätze auf der Verlustseite abgebucht werden mußten.

Frage: Aber der Sockel ist unverändert hoch?

Antwort: Die Gründe, warum die Arbeitslosigkeit heute nicht entsprechend der verbesserten Beschäftigungslage zurückgeht, sind bekannt: Zum einen gibt es noch beträchtlich mehr junge Menschen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, als ältere, die ihn verlassen. Zum anderen hat die Zahl der Frauen, die erwerbstätig sind, einen neuen Höchststand erreicht.

Diesen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt müssen wir uns stellen — und zwar alle Beteiligten gleichermaßen, Gewerkschaften und Unternehmen ebenso wie die Regierung. Dabei hat die erfolgreiche Lehrstelleninitiative gezeigt, daß Fortschritte durchaus möglich sind — und zwar mit greifbaren Ergebnissen: Die Jugendarbeitslosigkeit hierzulande ist die niedrigste unter allen EG-Ländern. Auf diesem Weg zu mehr Beschäftigung gehen wir weiter.

Frage: Welchen Rang hat, nach dem Vertrag über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen, die Sicherheitspolitik?

Antwort: Wir müssen den Frieden in Freiheit auch in Zukunft sichern. Abrüstung ist kein Selbstzweck, sondern sie soll den Frieden festigen, indem sie mehr Sicherheit schafft. Deshalb lassen sich Abrüstung und Sicherheitspolitik nicht voneinander

trennen. Unsere Verteidigungsfähigkeit muß unbedingt gewährleistet bleiben.

Frage: Welchen Stellenwert messen Sie dabei Frankreich zu?

Antwort: Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland wird immer enger — dafür hatten wir erst letzte Woche mit dem Manöver „Kecker Spatz“ ein eindruckvolles Beispiel. Nicht weniger als 20 000 französische Soldaten demonstrieren bei dieser Übung gemeinsam mit 55 000 Soldaten unserer Bundeswehr, daß sich die gemeinsame Freiheit auch nur gemeinsam verteidigen läßt. Die Großübung hat klar zum Ausdruck gebracht, daß beide Länder einen gemeinsamen Sicherheitsraum bilden und auch insoweit Solidarität beweisen müssen. So sind wir seit 1982 bemüht, die Zusammenarbeit mit unseren französischen Freunden auch in diesem Bereich zu intensivieren. Im Augenblick sind wir dabei, gemeinsam mit Frankreich zu erkunden, wie wir die Sicherheitsgemeinschaft beider Länder weiter verstärken können.

Frage: Die Finanzierung der Steuerreform ist noch eine schwierige Aufgabe. Woher wollen Sie die erforderlichen Milliarden nehmen?

Antwort: Eine schwierige Aufgabe — das mag so sein. Aber von Anfang an hat die Bundesregierung gesagt, daß über die notwendigen Umschichtungen im Steuersystem im Herbst dieses Jahres entschieden wird. Und genau so wird es geschehen.

Wir machen nämlich hier — wie auch sonst — solide Arbeit, d. h. wenn Sie 150 Subventionstatbestände prüfen müssen, dann erfordert dies natürlich sorgfältige Vorarbeiten, die sich nicht mit einem „Schnellschuß“ erledigen lassen.

Hinzu kommt das, was eigentlich wichtig ist: Die jetzt noch anstehenden Entscheidungen ändern nämlich überhaupt nichts an dem ausschlaggebenden Netto-Effekt der Steuerreform 1990 insgesamt. Er beträgt — zusammen mit den steuerpolitischen Maßnahmen seit 1986 — insgesamt knapp 50 Mrd. DM — also immerhin rd. 2½% des Bruttosozialproduktes. Und diese knapp 50 Mrd. DM kommen Bürgern und Unternehmen ungeschmälert und in voller Höhe zugute. Dies bedeutet sehr konkret: weniger Staat, dafür aber mehr Spielraum für private Entscheidungen der Bürger. Genau das wollen wir, und deshalb bleibt es ohne Wenn und Aber bei der Steuerreform 1990.

Frage: Welche Entscheidung in Ihrer Regierungszeit würden Sie, wenn dies möglich wäre, heute anders treffen?

Antwort: Ich habe schon öfters gesagt, daß bei den Sparmaßnahmen, die wir sofort nach dem Regierungswechsel vor fünf Jahren treffen mußten, in der Eile auch Fehler gemacht wurden. Diese Fehler haben wir aber schon bald darauf korrigiert. Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit hinzufügen: Wer sich für unfehlbar hält, ist unglaublich und verdient kein Vertrauen.

Frage: Was war in den vergangenen fünf Jahren Ihre bitterste Stunde?

Antwort: Bei Ihrer Frage erinnere ich mich unweigerlich an jene schlimme Zeit vor genau zehn Jahren, als wir versuchten, das Leben meines Freundes Hanns-Martin Schleyer zu retten — vergeblich, wie wir dann am 19. Oktober 1977 erfahren mußten. Das waren damals die bittersten Stunden in meinem Leben als Träger politischer Verantwortung. Ich bin dankbar, daß ich in den Jahren meiner Kanzlerschaft seit dem 1. Oktober 1982 ähnliche Erfahrungen nicht machen mußte.

Frage: Was sehen Sie als Ihren größten Erfolg an?

Antwort: Spontan fällt mir jetzt vieles ein, worüber ich wirklich zufrieden bin. Ich möchte hier nur ein Beispiel nennen — ein Beispiel, das auf eine besondere Weise mit unserem deutschen Vaterland zu tun hat: In diesem Jahr wird es einen neuen Millionen-Rekord von Besuchen aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland geben.

1987 werden wir insgesamt etwa vier Millionen Besuche aus der DDR haben. Dabei kommen gut eine Million Landsleute in dringenden Familienangelegenheiten — also Besucher unterhalb des Rentenalters; das ist im Vergleich zu den 50 000 Reisenden in dringenden Familienangelegenheiten, die 1982 zu uns kommen durften, ein gewaltiger Schritt nach vorn. Zugleich stärkt diese Entwicklung das Bewußtsein für die Einheit der Nation. Auch deshalb liegt mir so sehr daran, daß möglichst viele Deut-

(Fortsetzung nächste Seite)

Koalition über Gesetze zur Sicherheit einig

Die Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP haben sich in einem Koalitionsgespräch bei Bundeskanzler Kohl (CDU) am Dienstag, 6. Oktober 1987, über mehrere Gesetzesanträge zur inneren Sicherheit geeinigt. Dazu gehören:

Eine Kronzeugenregelung für Terroristen, die aber für Mörder nur Strafmilderung statt Straffreiheit bringen soll. Sie zielt auf Terroristen, die sich von Mittätern abwenden und zur Verhinderung oder Klärung von Straftaten beitragen.

Geplant ist ein mit Strafe bedrohtes Verbot der „passiven Bewaffnung“ bei Demonstrationen.

Wiedereingeführt wird Paragraph 130 a, der die öffentliche Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellt.

Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr soll auf die Straftatbestände des Landfriedensbruchs erweitert werden.

„Für den Augenblick“ ausgespart bleibt die von der FDP abgelehnte Verschärfung des Vermummungsverbots bei Demonstrationen.

In ständiger Rücksprache mit den Koalitionsfractionen, so vereinbarte die Gesprächsrunde, soll das Kabinett mög-

lichst noch im Herbst die Gesetzentwürfe beschließen. Innenminister Zimmermann (CSU) und Justizminister Engelhard (FDP) sollen die Besetzung und den Auftrag der unabhängigen Regierungskommission vereinbaren, die sich mit den Ursachen der Gewalt und Vorschlägen zur ihrer Bekämpfung befassen soll. ■

EAK-Bundestagung: Schlußkundgebung mit Helmut Kohl

Vom 16. bis 18. Oktober 1987 findet im Karlsruher Kongreßzentrum die 28. Bundestagung des EAK, des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, statt.

Die Bundestagung steht unter dem Motto: „Miteinander Zukunft gewinnen“. Neben den Hauptvorträgen zum diesjährigen Thema, die von Ministerpräsident Lothar Späth und Landesbischof Hans-Gernot Jung gehalten werden, finden drei Diskussionsforen zur Vertiefung des Themas statt.

Zur Schlußkundgebung am Sonntag, dem 18. Oktober, wird Bundeskanzler Helmut Kohl erwartet.

2 200 Bahnübergänge beseitigt

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses an Bahnübergängen stehen Mittel in Höhe von 500 Millionen Mark bereit. Die durchgeführten Verbesserungsmaßnahmen haben bereits zu einer Senkung der Unfälle an Bahnübergängen geführt. Seit 1982 sind rund 2 200 Bahnübergänge beseitigt worden.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

sche über die Trennlinie durch unser Vaterland hinweg zueinander kommen können. Dafür habe ich mich in diesen fünf Jahren intensiv eingesetzt, und das werde ich auch weiterhin tun.

SPD hat dem Bergbau einen Bären dienst erwiesen

Oppositionsführer Vogel hat auf dem Parteitag des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen versucht, den Eindruck zu erwecken, die SPD stehe wieder geschlossen hinter der Parteispitze in Bonn und sei eine politisch handlungsfähige Kraft. In Wirklichkeit hat der SPD-Parteitag in Bochum die totale Regierungsunfähigkeit der SPD demonstriert.

Dieser Parteitag hat keine einzige der Fragen aufgegriffen, die die deutschen Bürger wirklich bewegt, erklärt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Rudolf Seiters**. Zur Steuerreform, zur Rentenreform, zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, zur Arbeitslosigkeit, zur Abrüstung ist die SPD stumm. Nicht einmal zur Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen, für die an sich der Gerichtsvollzieher zuständig ist, fand die SPD die Kraft zu einem eigenständigen Beschluß. In der Stahl- und Kohlekrise verweigert sich die SPD Nordrhein-Westfalens. Totalverweigerung auch bei der Kernenergie, dafür Wahlrecht für Ausländer.

Dies alles zeigt: Die SPD ist unter dem Parteivorsitzenden Vogel genauso alternativlos und politisch handlungsunfähig wie unter dem Vorsitzenden Brandt. Herr Vogel versteht es bisher nur besser, den Zustand seiner Partei vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Die CDU/CSU fordert daher die SPD-Opposition auf, endlich seriöse und brauchbare Alternativen zu den anstehenden Fragen wie beispielsweise Steuerreform, Kostendämpfung im Gesundheitswesen oder Rentenreform vorzulegen.

Zu den Parteitagsbeschlüssen der nordrhein-westfälischen SPD erklärt der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Ludwig Gerstein**: Die Bekräftigung des Ausstiegskonzepts zeigt, daß die SPD aus den positiven Ansätzen der letzten Wochen und Monate keine Lehren gezogen hat, um zu den Gemeinsamkeiten in der Energiepolitik zurückzukehren.

Im Gegenteil: Die Bekräftigung — auch auf der Landesebene auszusteigen und im Rahmen des geltenden Rechts die Nutzung der Atomkraft zur Stromerzeugung zu beenden — wird einen beträchtlichen Wirrwarr in der Energiepolitik von Bund und Ländern erzeugen. Absolut ungläubwürdig macht sich die SPD, wenn sie sich für das Überbrückungskonzept der IG Bergbau und Energie ausspricht. Die SPD verdreht das Konzept der IG Bergbau und Energie ins Absurde, wenn gleichzeitig die Zustimmung zu diesem Konzept und der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen wird. Die SPD übersieht völlig, daß im Konzept der IG Bergbau und Energie die Nutzung von Kohle und Kernenergie die unverzichtbare Grundlage ist.

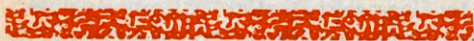
Durch die Haltung der SPD wird das sachliche und kluge Konzept der IG Bergbau und Energie, das im Grundsatz dazu dienen könnte, den Bergleuten den Arbeitsplatz zu erhalten und den unvermeidbaren Anpassungsvorgang beherrschbar und für die Menschen zumutbar zu gestalten, abgewertet.

Die SPD erschwert durch ihre Beschlüsse unnötigerweise die anstehenden schwierigen Gespräche der Kohlerunde und verunsichert die Elektrizitätsversorgungsun-

Falsche Signale

Mit 96 Prozent der Stimmen ist Johannes Rau als Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD in Bochum wiedergewählt worden; aber um welchen Preis.

Nahezu alles, was der Parteivorstand in seinem Leitantrag zur Kernenergiepolitik zu retten versucht hatte, ist schließlich preisgegeben worden. Selbst jene kerntechnische Linie, die Rau als „wichtigen Exportartikel“ noch bis vor wenigen Tagen verteidigt hatte, der Hochtemperatur-Reaktor in Hamm, soll nun eine endgültige



(Fortsetzung von der vorigen Seite)

ternehmen, die die Kernkraftwerke betreiben, ebenso wie die Bergleute, die auf Entscheidungen warten. Die SPD hat mit ihren Beschlüssen angesichts der schwierigen Lage des Bergbaus insbesondere den Bergleuten einen Bärendienst erwiesen.

Der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Christian Lenzer**, erklärte, die SPD-Parteitagebeschlüsse zeigten, daß in Nordrhein-Westfalen für den verantwortungsbewußten Umgang mit moderner Hochtechnologie keine Gewähr gegeben sei. Das Festhalten am Kernenergie-Ausstiegsbeschluß — trotz anderslautender Überlegungen der IG Bergbau und Energie und der IG Chemie — dokumentiere die grundsätzliche Unfähigkeit der SPD, die Zukunftsprobleme der Bundesrepublik zu bewältigen. Es sei kein Wunder, so Lenzer, daß mit dieser Politik keine neuen Arbeitsplätze geschaffen würden, Unternehmer aller Wirtschaftsbereiche würden von der Unberechenbarkeit und Technikfeindlichkeit der SPD abgeschreckt.

Betriebsgenehmigung nicht erhalten. Als letzten Vorbehalt klammert sich Rau an die Formel, die geltenden Gesetze müßten eingehalten werden. Zu deutsch: er hofft auf die übergeordnete atomrechtliche Zuständigkeit Bonns, die das Schlimmste verhüten soll.

Bezahlt werden diesen Akt des Opportunismus die Verbraucher, und zwar mit ihrer Stromrechnung. Schon heute gehört die Bundesrepublik zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen in Europa; wenn die Möglichkeit der Mischkalkulation mit billigen Atomstrom weiter eingengt wird, werden die Strompreise unweigerlich heraufgehen. Selbst die IG Bergbau und Energie hatte vor den jetzt in Bochum gefaßten Beschlüssen gewarnt und für ein vertünftiges Nebeneinander von Kohle- und Kernkraftwerken plädiert. Es hat alles nichts genutzt: Rau, der den ganzen Sommer über wie abgetaucht schien, der sich um die Stahlkrise so gut wie nicht gekümmert hat (auch die entscheidenden Bonner Beschlüsse vom Freitag fielen ohne ihn), hat in der Kernenergiepolitik vor den „Fundamentalisten“ seiner Partei kapituliert.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat Probleme über Probleme. Sein Haushalt ist hochdefizitär, das Land bis zur Grenze des Möglichen verschuldet, belastet mit veralteten Schornsteinindustrien und einem Kohlebergbau, der Milliarden von öffentlichen Mitteln verschlingt. Als Standort für neue, zukunftsträchtige Industrien oder große Dienstleister besitzt es kaum Anziehungskraft. Das alles ist nicht Schicksal, sondern Folge des Versagens einer seit Jahrzehnten von den Sozialdemokraten geführten Landesregierung. Die Totalabsage an die Kernenergie gibt in einer technikbestimmten Industriegesellschaft sozusagen das klassisch falsche Signal: Es zieht nicht an, sondern schreckt eher ab. Es suggeriert nicht Mut zur Zukunft, sondern Kleinmut.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.10.1987)

Rita Süsmuth:

Es geht nicht um Ächtung, sondern um Aufklärung

Zu Berichten der letzten Tage über ein Aktionsprogramm zur Förderung des Nichtrauchens stellt das Bundesgesundheitsministerium fest:

1. Es handelt sich um ein Diskussionspapier, nicht um ein Beschlußpapier. Ziele aller gesundheitspolitischen Überlegungen und Maßnahmen sind Aufklärung, Jugendschutz und Berücksichtigung der berechtigten Belange der Nichtraucher.
2. Es kann nicht geleugnet werden und wird auch immer wieder von der Weltgesundheitsorganisation betont, daß Rauchen gesundheitsschädlich ist. Darüber muß die Öffentlichkeit aufgeklärt sein. Entscheiden muß dann der mündige Bürger selbst, ob er die mit dem Rauchen für seine eigene Gesundheit verbundenen Gefahren auf sich nehmen will.
3. Wir müssen aber vor allem an den nicht mündigen Bürger, nämlich die Jugendlichen und die Kinder, denken. Es gibt keinen Streit darüber, daß sie vor den für sie besonders großen Gefahren des Rauchens geschützt werden müssen. Auch die Tabakwerbung sollte daran denken, ihre an die Allgemeinheit gerichtete Werbung nicht so auszugestalten, daß sie — ob gewollt oder ungewollt — Jugendliche und Kinder zum Rauchen verleitet.
4. Es sind abwegige Spekulationen anzunehmen, daß das Verhalten des Bürgers in seinen eigenen vier Wänden — auch was das Rauchen betrifft — reglementiert werden sollte oder auch nur könne. Gefragt sind hier wie auch sonst im Miteinander von Rauchern und Nichtrauchern Rücksichtnahme und Toleranz.

Dabei muß die Öffentlichkeit und damit jeder bei uns über die Gefährdungen durch das Passivrauchen informiert werden. Den Eltern muß stärker als bisher bewußt gemacht werden, daß ihr Verhalten auch insoweit Vorbildfunktion für ihre Kinder hat.

5. Es geht nicht um eine „Ächtung des Rauchers“, sondern auch um seine Aufklärung.

„German-American-Day“ Zeichen der Verbundenheit

Die Proklamation des 6. Oktober zum „German-American-Day“ durch US-Präsident Ronald Reagan hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, ausdrücklich begrüßt. Der „German-American-Day“, der in Erinnerung an die deutsche Einwanderung vor über 300 Jahren begangen wird, manifestiere die deutsch-amerikanische Freundschaft.

Bohl erklärte, daß sich die deutsch-amerikanische Freundschaft besonders auf drei Tatsachen stütze, den deutschen Beitrag zur Entwicklung Amerikas, die unvergessene Hilfe Amerikas nach dem zweiten Weltkrieg und die amerikanische Verpflichtung gegenüber der Freiheit Berlins. Durch den „German-American-Day“ werde die Verbundenheit und Freundschaft zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk auch den jüngeren Generationen bewußt bleiben.

Bundesverband Junger Unternehmer: Grünes Licht für die Konjunktur

„Nach kurzer Verschnaufpause nimmt die Konjunktur einen neuen Anlauf. Sie verspricht Wachstumsraten, die bereits 1988 real 2,5% übersteigen können. Im Sog des Wachstums ist auch (beginnend im Frühjahr 1988) mit einer merklichen Beschäftigungssteigerung zu rechnen. Damit wird trotz der starken, neu ins Erwerbsleben drängenden Jahrgänge die Zahl der erfaßten Arbeitslosen leicht sinken.“

Dies ist das Ergebnis der neuesten Konjunkturumfrage (September 1987) des Bundesverbandes Junger Unternehmer, die der BJU halbjährlich in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Ulrich Teichmann von der Universität Dortmund durchführt. Laut BJU „dürfte die Zeit gedämpfter Erwartungen“ damit vorbei sein.

Positiv stimmt insbesondere, daß von den befragten Unternehmen 26,7% zusätzliche Arbeitskräfte einstellen und 60,4% die Zahl ihrer Mitarbeiter konstant halten wollen. Lediglich 12,9% der Unternehmen gehen von Trennungen aus.

Diese wieder positiven Konjunkturprognosen haben insbesondere zwei Gründe. Zum einen sehen die Unternehmen bei der Entwicklung der Exporte wieder bessere Chancen. Außerdem beschleunigt sich auch im Inland der Auftragseingang wieder deutlich, fast 40% der befragten Unternehmen melden steigende Auftragsbestände.

Fundiert und erneut in Schwung gesetzt wird der Aufschwung von der zurückgewonnenen Ertragskraft, die Eigenkapitalquote der Unternehmen steigt laut Umfrage wieder an.

Ihren Ausdruck findet diese Entwicklung in steigenden Investitionen. 40,3% der

Zitat

Gerhard Braun, Seniorenbeauftragter der CDU: „Wir müssen alles dransetzen, um die Treuesten unserer Wähler zu halten, und das sind immer noch die Alten.“

befragten Unternehmen wollen ihre Investitionen ausweiten, davon viele insbesondere zu Ersatzbeschaffungs- und Erweiterungszwecken.

Auch an der Preisfront sehen Deutschlands Unternehmen keinen Einbruch vor aus. Fast 90% aller Befragten vermuten, daß das Preisniveau leicht sinkt oder gleichbleibt.

Bleibt als Fazit festzuhalten: Die Umfrage zeigt, daß die Unternehmen aus reichenden Raum für Gewinnsteigerungen haben. Entsprechend planen sie eine Ausweitung ihrer Kapazitäten. Für die deutsche Volkswirtschaft steht die Konjunkturampel auf grün.

Steuerreform – Treibstoff für die Konjunktur

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken, Bernhard Schramm, bezeichnete die Steuerreform als Treibstoff für die Konjunktur von morgen. Neun von zehn Unternehmen zahlen in Zukunft weniger Steuern, die Abschreibungsmöglichkeiten, gerade für kleine und mittlere Unternehmen, werden gezielt gefördert und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kapitalgesellschaften wird durch die niedrigere Körperschaftssteuer gestärkt. Die Bundesrepublik Deutschland folgt damit den Steuersenkungsstrategien in anderen Industrieländern. Die Finanzierung der Entlastungen müssen über Ausgabendisziplinen und Subventionsabbau gegebenenfalls auch über eine höhere Neuverschuldung erfolgen.

Helmut Kohl hat es bekräftigt: Der Bund hilft den Kommunen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat kürzlich im Kanzleramt in Bonn führende Unionsvertreter der drei kommunalen Spitzenverbände, darunter Alwin Brück, Eberhard Dieppen und Manfred Rommel, zu einem ausführlichen Gedankenaustausch über die geplante Steuerreform 1990 empfangen (siehe auch UId 30/87, Seite 14). Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Horst Waffenschmidt, der ebenfalls an diesem Gespräch teilnahm, äußerte sich in der „Welt“ zu den Gesprächsergebnissen.

Frage: Konnte der Bundeskanzler die Sorgen der Kommunalpolitiker über eine zu starke Kürzung ihrer Einnahmen zerstreuen und, wenn ja, mit welchen Argumenten?

Waffenschmidt: Die Kommunalpolitiker haben sich über Verlauf und Ergebnis des Gesprächs positiv geäußert. Es gab weitgehend Übereinstimmung in folgenden Punkten:

Erstens, die Kommunen sollen an der Finanzierung der Steuerreform nicht überproportional beteiligt werden, das heißt nur mit ihrem prozentualen Anteil an den Steuereinnahmen.

Zweitens, bei der Umschichtung von 19 Milliarden Mark sollen die Kommunen auch angemessen aus den Mehreinnahmen beteiligt werden, also auch wieder entsprechend ihrem Steueranteil. Diese Beteiligung soll unmittelbar erreicht werden.

Drittens, der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Wolfgang Schäuble, wurde von Bundeskanzler Helmut Kohl beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesfinanzministerium und dem Bun-

desinnenministerium Kontakt mit den drei kommunalen Spitzenverbänden, Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund, zu den Fragenkomplexen Steuerreform und Kommunen zu halten und Regelungen für die anstehenden Aufgaben auszuarbeiten.

Frage: SPD-Politiker lehnen die Steuerreform 1990 mit einer Nettoentlastung von 20 Milliarden Mark unter anderem mit dem Hinweis ab, daß allein die Gemeinden im Jahr 1990 rund zehn Milliarden Mark an Steuerausfällen zu verkraften hätten. War dies auch die Meinung Ihrer Gesprächspartner?

Waffenschmidt: Die meisten Kommunalpolitiker haben die Steuerreform ausdrücklich unterstützt. Sie wissen aus ihrer täglichen Arbeit, daß die Abgabenlast für Bürger und Betriebe gesenkt werden muß, um weiteres wirtschaftliches Wachstum und Sicherung von Arbeitsplätzen zu erreichen.

Und die Bürgermeister und Landräte wissen auch, daß eine günstige wirtschaftliche Entwicklung die beste Initiative für die kommunalen Kassen ist. Außerdem hat das Finanzministerium dargelegt, daß die Steuereinnahmen der Kommunen trotz Steuerreform weiter ansteigen und im Jahre 1991 um rund elf Milliarden Mark über den Steuereinnahmen im Jahre 1986 liegen. Freilich gibt es Städte, die durch Strukturschwäche, hohe Arbeitslosigkeit und steigende Sozialhilfeausgaben besonders belastet sind; dies wurde auch angesprochen.

Manche Städte in Nordrhein-Westfalen sind dabei in einer besonders schlechten Situation, weil die SPD-Regierung in Düsseldorf den Kommunen in den letz-

ten Jahren die Finanzmittel in Milliardenhöhe durch Verschlechterung des Finanzausgleichs gekürzt hat. Der Bund hilft den Kommunen auch durch Verbesserung der Leistungen für die Arbeitslosen und durch rund zwei Milliarden Mark Städtebaufördermittel in den Jahren 1988, 1989 und 1990.

Frage: Um die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden, die Gewerbesteuer, hat es kürzlich Schlagzeilen gegeben. Hat sich die Runde im Bundeskanzleramt auch mit der Frage der Abschaffung der Gewerbesteuer und des Ausgleichs durch andere Einnahmequellen beschäftigt?

Waffenschmidt: Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor den Kommunalpolitikern

die Gewerbesteuergarantie bekräftigt. Der Kanzler erklärte erneut, in dieser Wahlperiode des Bundestages gebe es keine Änderung in diesem für die Kommunen so bedeutsamen Steuerbereich. Sollte später aufgrund der Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft eine Änderung notwendig werden, so müsse in Umfang und Qualität ein gleichwertiger Ersatz für die Kommunen festgelegt werden.

Die Städte und Gemeinden haben also bei dieser wichtigen Einnahmequelle klare und verlässliche Zusagen der Bundesregierung. Die Kommunalpolitiker haben die Erklärung des Bundeskanzlers mit Beifall aufgenommen.

Wahlrecht für Ausländer eindeutig verfassungswidrig

Zu dem Beschluß des Landesparteitages der SPD vom 3. Oktober 1987 zur Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer bei Kommunalwahlen erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt.

„Mit dem Beschluß über die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer hat die SPD Nordrhein-Westfalens sich ungeachtet aller Warnungen auf den schon in Hamburg eingeschlagenen Irrweg begeben. Ich wiederhole hier, was schon nach den Beschlüssen der Hamburger Koalition von der Bundesregierung erklärt worden ist: Das Grundgesetz läßt ein Wahlrecht für Ausländer nicht zu. Das gilt in gleicher Weise für Bund, Länder und Kommunen. Die Ausübung der Staatsgewalt in Wahlen ist nach Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes dem ‚Volk‘ vorbehalten. Das Wahlrecht steht also nur dem ‚Staatsvolk‘ zu, d. h. der Gemeinschaft aller Deutschen im Sinne des Grundgesetzes. Nach Artikel 28 Abs. 1

des Grundgesetzes gilt auch für die Länder und Kommunen, daß das Volk eine gewählte Vertretung haben muß. Auch hier sind also nur die Deutschen wahlberechtigt.

Jeder Versuch, an dem klaren Wortlaut des Grundgesetzes herumzudeuteln, ist zum Scheitern verurteilt. Es gibt nicht ein großes Wahlrecht für Bund und Länder, das den Deutschen vorbehalten wäre und ein minderes kommunales Wahlrecht, das auch Ausländern eingeräumt werden kann. Aus gutem Grund haben die kommunalen Spitzenverbände sich gegen eine solche Qualifizierung des Kommunalwahlrechts gewandt. Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht, und Staatsgewalt wird auf allen Ebenen, auch in den Gemeinden ausgeübt. Das Wahlrecht kann nicht ein Mittel zur Integration der Ausländer sein, wie immer wieder behauptet wird, sondern es ist der letzte Schritt der vollzogenen Eingliederung, die über die Integration in die deutschen Lebensverhältnisse und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit führt.“

Der Arbeitsmarkt bleibt weiter Thema Nummer 1

Nach dem neuesten Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit mit den Daten für September zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt leichte Besserungstendenzen. Die Zahl der Arbeitslosen sank um rund 57 000 auf 2,1 Millionen im Vergleich zum August, die Arbeitslosenquote beträgt damit noch 8,4 Prozent nach 8,6 Prozent einen Monat zuvor. Die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit verläuft positiv: Die Zahl der arbeitslosen jungen Leute unter 20 Jahren verringerte sich um 9 100 oder 6 Prozent.

Die sich derzeit stabilisierende konjunkturelle Entwicklung setzt sich auch nach der Sommerpause nur zögernd auf dem Arbeitsmarkt durch, auch wenn sich die Arbeitslosenzahlen wieder langsam verringern. Nach Jahren mit hohen Zuwachsraten bei der Arbeitslosigkeit (1981: + 43 Prozent, 1982: + 44 Prozent) ging der Anstieg der Arbeitslosenzahlen 1983 bis 1985 zurück. 1986 schließlich ging erstmals seit 1979 die Arbeitslosigkeit zurück: Gegenüber dem Vorjahr gab es 76 000 oder 3 Prozent weniger Arbeitslose.

Weiter zunehmende Beschäftigung

Positiv bleibt nach wie vor die Entwicklung der Beschäftigung. Im August 1987 gab es 120 000 Erwerbstätige mehr als einen Monat zuvor, im Vergleich zum Vorjahr stieg diese Zahl sogar um 127 000 an.

Der Anstieg der Beschäftigung ist der wohl wichtigste Indikator für die Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

Seit dem Beschäftigungstiefpunkt Ende 1983 bis heute haben rund 650 000 Men-

schen einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Unter der SPD-Regierung gingen allein 1981 bis 1982 rund 800 000 Arbeitsplätze verloren. Von diesem Verlust sind inzwischen etwa zwei Drittel wieder aufgeholt. Differenziert man diesen Beschäftigungsgewinn nach Wirtschaftszweigen, so wird deutlich, daß er sich weitgehend auf Dienstleistungsberufe konzentriert. Die meisten Arbeitsplätze entstanden 1986 im Gesundheitswesen, im Bildungs- und Erziehungsbereich und im Kreditgewerbe.

Der jedoch nach wie vor hohe Stand der Arbeitslosigkeit von rund 2,1 Millionen wirft die Frage auf, warum trotz des hohen Beschäftigungszuwachses die Arbeitslosigkeit nicht stärker abgebaut werden konnte.

Hierfür sind vor allem folgende Faktoren verantwortlich:

1. Geburtenstarke Jahrgänge suchen Arbeits- und Ausbildungsplätze

Immer noch drängen aufgrund der demographischen Entwicklung mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt, als Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die geburtenstarken Jahrgänge treten nach wie vor mit einer hohen Anzahl junger Leute in das Ausbildungs- und Erwerbsleben ein. Gerade in diesem Sommer ist das Arbeitskräftepotential besonders stark gestiegen, weil zahlenmäßig starke Jahrgänge aus den allgemeinbildenden und berufsbezogenen schulischen Ausbildungsgängen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchten.

Demgegenüber stehen schwache Altersjahrgänge, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und in Rente oder Pension

gehen. Daraus ergibt sich ein Überschuß von Neuzugängen auf dem Arbeitsmarkt; das Arbeitskräfteangebot steigt spürbar an.

2. Zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen

Immer mehr Frauen sehen durch die günstigeren konjunkturellen Aussichten bessere Chancen für sich am Arbeitsmarkt und versuchen den Start oder den Wiedereinstieg ins Berufsleben. Auch im Verhältnis zur weiblichen Wohnbevölkerung nimmt die Zahl der erwerbstätigen Frauen ständig zu: Lag die Frauenerwerbsquote (Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung insgesamt) 1970 noch bei 46,2 Prozent, so stieg sie bis 1980 auf 50,2 Prozent und liegt heute bei rund 54 Prozent. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt liegt derzeit bei 39 Prozent.

Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat kürzlich ergeben, daß die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen in den letzten Jahren vor allem darauf beruht, daß jüngere, besser ausgebildete Frauen seltener oder kürzer ihre Berufstätigkeit unterbrechen und ältere Frauen häufiger wieder in den Beruf zurückkehren.

Die Arbeitsmarktforscher haben weiterhin ermittelt, daß auch künftig mit einer Zunahme der Beschäftigung von Frauen gerechnet werden muß. Nach den Befragungen will etwa die Hälfte aller berufstätigen Frauen bis zur gesetzmäßigen Rentenaltersgrenze oder noch länger berufstätig bleiben.

Interessant in bezug auf die Frauenerwerbstätigkeit ist auch die Tatsache, daß rein rechnerisch Frauen mehr als 80 Prozent der seit 1983 neu geschaffenen Arbeitsplätze besetzt haben. Die Zunahme der Beschäftigung hat sich also als außerordentlich frauenfreundlich erwiesen.

3. Die Arbeitslosen sind kein festgefügter Block

Die Veränderung der Arbeitslosigkeit vom Erhebungsstichtag Ende August zum Erhebungsstichtag Ende September ist das Ergebnis anhaltend großer Bewegungsvorgänge: Im Berichtsmonat September meldeten sich 276 200 Arbeitnehmer neu arbeitslos und 333 700 Arbeitnehmer beendeten ihre Arbeitslosigkeit.

Diese Bewegungen machen deutlich, daß es sich bei der Arbeitslosigkeit nicht um einen starren Block, sondern um eine dynamische Größe handelt.

Auf der einen Seite melden sich Menschen arbeitslos, auf der anderen Seite gelingt es anderen Arbeitslosen, ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer neuen Beschäftigung zu beenden.

Dies zeigt, daß einerseits Arbeitslose verstärkt von der Beschäftigungsexpansion profitieren, daß andererseits viele Arbeitgeber aus dem Kreis der Arbeitslosen die von ihnen gesuchten Arbeitskräfte finden.

Und außerdem werden in manchen Branchen die Fachkräfte gesucht, dies zeigt die Zahl der offenen Stellen (rund 162 000 im September 1987). Eine Umfrage des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall hat ergeben, daß 6 000 Firmen Produktionsschwierigkeiten hatten, weil ihnen Fachkräfte fehlen. Insbesondere werden Ingenieure und Facharbeiter in der Elektroindustrie, im Fahrzeugbau und im Maschinenbau gesucht.

4. Verbesserte konjunkturelle Aussichten — mehr Chancen für Beschäftigung

Die konjunkturelle Belebung entlastet den Arbeitsmarkt zusätzlich. Die wirtschaftliche Entwicklung hat wieder an Dynamik gewonnen, der Wachstumspfad der Wirtschaft stabilisiert sich. Dadurch versuchen auch wieder Menschen Arbeit

zu finden, die sich vorher keine oder weniger gute Chancen ausgerechnet haben.

Jüngste Konjunkturanalysen haben ergeben, daß ein vorsichtiger Optimismus angebracht ist. Steigende Auftragseingänge und Produktion in der Industrie lassen den positiven Trend bei der Beschäftigung stärker werden.

Zusätzliche Wachstumsimpulse werden von steigenden Einkommen und von den Anfang 1988 in Kraft tretenden Steuererleichterungen erwartet. Diese Impulse kommen auch dem Arbeitsmarkt zugute.

Es gibt außerdem weitere Hinweise dafür, daß eine wieder raschere Gangart beim Wachstum und damit bei der Beschäftigung im Bereich des Möglichen liegt:

Es ist zu erwarten, daß viele Unternehmen wieder vermehrt investieren. Dies hat seinen Grund zum einen in der Stabilisierung des Dollarkurses, den die Unternehmen nun wieder in ihre Kalkulationen aufnehmen können.

Zum anderen hat sich bei den Unternehmen ein gewisser Nachholbedarf aufgestaut. Dies geht auch aus einer Umfrage des Bundesverbands Junger Unternehmer (BJU) hervor. Eine Befragung mittelständischer Unternehmen Anfang September ergab, daß viele Unternehmen ihre Investitionen wieder ausweiten wollen, ein großer Teil davon zu Ersatzbeschaffungs- und Erweiterungszwecken.

Die Inlandsnachfrage ist weiterhin gut und dürfte aufgrund der Entwicklung der Realeinkommen und der Steuersenkungen eher noch zunehmen.

Dies führt dazu, daß insbesondere das Dienstleistungsgewerbe weiter expandieren können, da sie besonders von der gestiegenen Konsumnachfrage profitieren.

Nach dem Abschluß des dreijährigen

Tarifvertrages in der Metallindustrie in diesem Frühjahr ist die Lohnentwicklung berechenbarer geworden. Dies bedeutet für die Unternehmen Klarheit über die Entwicklung des wohl wichtigsten Kostenfaktors, der Löhne.

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung

Nach wie vor bleibt die Arbeitslosigkeit die derzeit größte Herausforderung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Der Zuwachs von rund 650 000 neuen Arbeitsplätzen seit Herbst 1983 zeigt, daß die Politik der Bundesregierung den richtigen Kurs eingeschlagen hat. Ohne neue Investitionen, ohne wirtschaftliches Wachstum sind Arbeitsplätze nicht zu sichern, neue nicht zu schaffen.

Damit die Wirtschaft expandieren kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Hier hat die CDU-geführte Bundesregierung in den letzten Jahren die Weichen gestellt. Nun sind die Tarifpartner und die Unternehmen gefordert, die Verbesserungen der ökonomischen Rahmenbedingungen und der Wachstumsperspektive zügig in mehr Beschäftigung umzusetzen.

Steuerreform für mehr Wachstum und Beschäftigung

Die CDU-geführte Bundesregierung entlastet Arbeitnehmer und Wirtschaft in drei Stufen (1986, 1988 und 1990) um insgesamt fast 50 Milliarden DM netto. Dies ist der richtige Weg, um die Wachstumskräfte unter schwierigen weltwirtschaftlichen Vorzeichen zu stärken, berufliche Leistung und Investitionsfähigkeit zu fördern und so bessere Bedingungen für mehr Beschäftigung zu schaffen.

Mit dem zweiten Schritt 1988 und insbesondere mit dem dritten Schritt der Steuerreform 1990 wird durch die Abflachung des Tarifverlaufes bei der Lohn-

und Einkommensteuer der sogenannte „Facharbeiter- oder Mittelstandsbauch“ abgeschmolzen. Diese Maßnahme entlastet in erster Linie Bezieher mittlerer Einkommen und kommt somit mittelständischen Unternehmen ebenso zugute wie qualifizierten Arbeitnehmern.

Dies ist wichtig, denn mehr Wachstum und mehr Beschäftigung können nur erreicht werden, wenn sich persönliche Leistung und betriebliche Investitionen für die Bürger lohnen.

Außerdem werden durch die Steuerreform die verfügbaren Einkommen aller Steuerzahler nachhaltig gestärkt; damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verstärkung der Binnennachfrage geleistet.

Aktive Arbeitsmarktpolitik ergänzt Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hat heute aber in erster Linie strukturelle Ursachen. Dies zeigen die hohe Anzahl offener Stellen (rund 162 000 im September 1987) und die vielen Zeitungsannoncen von Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen. Daher muß die Politik der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch ein Bündel gezielter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen begleitet werden.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren einen Beitrag zur Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt geleistet.

Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit stehen dafür 1987 rund 12,5 Milliarden DM zur Verfügung, fast doppelt soviel wie 1982. Besondere Schwerpunkte hat die CDU-geführte Bundesregierung auf die verbesserte Qualifikation der Arbeitslosen, auf die Durchsetzung flexibler Arbeitszeiten und auf den verstärkten Einsatz moderner Techniken gesetzt. Insbesondere auf bessere Bildung und Ausbildung der Arbeitnehmer wurde und

wird Wert gelegt. Die Qualifizierungsanstrengungen der Bundesregierung haben ein Rekordniveau erreicht. Im übrigen sollen nicht die Betriebe aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Berufliche Bildung ist vor allem ihre Sache. Über betriebliche Maßnahmen zur Weiter- und Fortbildung und betriebsbezogene Qualifikationen kommt es nun entscheidend auf die Eigeninitiative der Unternehmen, der öffentlichen Verwaltung sowie der Arbeitnehmer an.

Auch die Zahl der Arbeitnehmer, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt werden, lag in diesem Sommer mit rund 123 000 viermal so hoch wie 1982. 1987 stehen dafür 3,3 Milliarden DM zur Verfügung, 1982 waren es nur knapp 0,9 Milliarden DM.

Auch das von der Bundesregierung 1985 in Kraft gesetzte Beschäftigungsförderungsgesetz hat Erfolge gezeigt und die Einstellungsmöglichkeiten der Unternehmen verbessert. Selbst die IG Metall hat bei einer Betriebsrätebefragung ermittelt, daß im Metallbereich rund 60 Prozent der befristeten Einstellungen zu einer dauerhaften Beschäftigung geführt haben.

Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Beschäftigungsförderungsgesetz bauen Arbeitslosen eine Brücke zum Arbeitsmarkt. ■

Bund hilft den Stahlkochern

In der deutschen Stahlindustrie soll es nicht zu der Massenentlassung kommen. Die Bundesregierung hat sich mit der Stahlindustrie und der IG Metall im Vorgriff auf die Brüsseler Entscheidung im Dezember auf eine Hilfsmaßnahme geeinigt, die bis Ende 1989 einen Abbau von 34 900 Arbeitsplätzen ohne Kündigungen ermöglicht.

CDA-Analyse

Betriebsratswahlen 1987: Stand von 1984 gehalten

Die erste Analyse der Betriebsratswahlen 1987 zeigt auf, daß wir im wesentlichen unseren Stand von 1984 halten konnten. Da, wo es Verschiebungen gegeben hat, ist die Ursache eindeutig bei uns selbst zu suchen.

Ältere Kolleginnen und Kollegen, die aus Altersgründen nicht mehr kandidierten, konnten mangels Nachwuchs nicht ersetzt werden. Wir werden diesen Mißstand ohne eine systematische Betriebsarbeit nicht beseitigen können.

In Einzelfällen wurde die Kandidatur von Mitgliedern kleinerer Gewerkschaften durch Unterschriftenaktionen größerer Gewerkschaften in Form von Vorschlagslisten blockiert. Ein Mißstand, der allgemein nicht den demokratischen Gepflogenheiten entspricht. Die Bedeutung der extremen Betriebsräte hat abgenommen, das ist erfreulich. Ein besonderes Augenmerk muß auf die unabhängigen Betriebsräte geworfen werden. Hier hat sich, wie in den vergangenen Jahren, der Anteil wesentlich erhöht.

Diese Entwicklung zeigt auf, daß ein großer Teil mit den Vorstellungen der Gewerkschaften nicht einverstanden ist. Nach Meinung der CDA-Sozialausschüsse muß es eine dringende Aufgabe der Gewerkschaften sein, unorganisierte Betriebsräte, die auch als Interessenvertreter der Arbeitnehmer arbeiten, für die Arbeit in den Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Mitgliedschaft der Betriebsräte nach der Gewerkschaftszugehörigkeit stellt sich nach Angaben des DGB so dar, daß

79 % der Betriebsräte im DGB organisiert sind. Die unorganisierten Betriebsräte werden mit 17 % angegeben. Der Frauenanteil an Betriebsräten ist nach DGB-Angaben von 19 % in 1984 auf 21 % in 1987 angestiegen.

Die DAG stellt in ihrer Analyse fest, daß sich gegenüber 1984 in 1987 der Anteil der Betriebsratsmandate erhöht hat. Nach dem Auszählungsstand von Ende August 1987 entfielen auf die DAG diesmal 11 455 Betriebsratsmandate. 1984 waren es 11 056.

Nach Aussagen des CGB hat es bei den Betriebsratswahlergebnissen 1987 im Verhältnis zu 1984 keine großen Mandatsverschiebungen gegeben.

Eine Analyse der CDU/CDA-Betriebsräte in Bezug auf die Gewerkschaftszugehörigkeit hat ergeben, daß der DGB-Anteil 1987 wie 1984 bei 60 % liegt. Der Anteil der DAG lag 1984 bei 11,9 %, 1987 bei 10,9 %. Der Anteil des CGB lag 1984 bei 14,3 %, 1987 bei 9,7 %.

Eine besondere Entwicklung ist bei den Unorganisierten festzustellen. Hier stieg der Anteil von 14,8 % in 1984 auf 20 % in 1987.

Die 200 000 neu gewählten Betriebsräte haben in den nächsten drei Jahren die Aufgabe, sich für die Belange der Arbeitnehmer einzusetzen. Die gewählten Vertreter der Belegschaften werden durch ihre Arbeit und politische Überzeugung auch für eine Partei. Deshalb sollte diese Arbeit in den CDU-Gremien nicht unterschätzt werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU - Die Zukunft

**Abrüstung - auch ein Erfolg
von CDU und Helmut Kohl**

Norbert Blüm:

**Helft den
älteren Müttern**

**CDU
extra**

Weiter so: Frieden schaffen mit weniger Waffen

CDU - Die Zukunft

**Mehr Deutsche
können jetzt
zueinander**



Endlich ist es soweit: Weltweit werden die atomaren Mittelstreckensraketen mülliger und kürzerer Reichweite abgerüstet. An diesem bevorstehenden welthistorischen Abkommen zwischen den USA und der UdSSR haben die

CDU und die Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl einen entscheidenden Anteil.

Jetzt wird das Ziel der CDU verwirklicht: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Deshalb geben wir uns auch

mit diesem ersten ermutigenden Schritt nicht zufrieden.

Jetzt gilt es, nicht nur bei den Raketen, sondern auch bei den Panzern abzurüsten und ein weltweites Verbot chemischer Waffen zu erreichen.

„Helft den älteren Müttern, die vor 1907 geboren worden sind, möglichst unbürokratisch in den Genuss der Kindererziehungsgeldleistung zu kommen!“ Dazu ruft der Bundesgesundheitsminister Norbert Blüm die Behörden, Kirchen, Verbände und Gewerkschaften auf. Er bittet auch die Kinder der Berechtigten, die älteren Mütter auf ihre Rentenansprüche hinzuweisen und ihnen bei der Erledigung der notwendigen Formalitäten zu helfen.

Die Mütter brauchen nicht persönlich zum örtlichen Versicherungsamt zu gehen und den Antrag mit dem Geburtsdokument abzugeben. Sie können auch damit einen Angehörigen oder eine andere Person ihres Vertrauens beauftragen.

Informations- und Antragsannahmestellen sind: Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, die Auskunfts- und Beratungsstellen der Rentenversicherung und deren Versicherungskassen.

CDU - Die Zukunft

Mindestbestellmenge: 250 Expl.
Preis pro Mindestbestellmenge:
25,— DM zzgl. MwSt.
Bestell-Nr.: 2993

Bestellungen an:
**IS-Versandzentrum,
Postfach 13 28, 4804 Versmold**

UID

31/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11. # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.